Antrag

der Abgeordneten Rehs, Jaksch, Frau Korspeter, Zühlke und Fraktion der SPD

Der Bundestag wolle beschließen:

Entwurf eines Sechzehnten Gesetzes zur Anderung des Lastenausgleichsgesetzes (16. AndG LAG)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446), zuletzt geändert durch das 15. ÄndG LAG vom 4. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1169), wird wie folgt geändert:

In § 230 Abs. 2 Satz 1 wird Nummer 3 wie folgt neugefaßt:

"3. nach Zuzug aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands oder dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin, sofern er dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat, oder als zurückgekehrter Evakuierter im Sinne des Bundesevakuiertengesetzes oder".

Artikel II

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel III

Dieses Gesetz ist mit Wirkung vom 1. Juni 1962 an anzuwenden.

Artikel IV

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Bonn, den 13. März 1962

Rehs
Jaksch
Frau Korspeter
Zühlke
Ollenhauer und Fraktion